

NÖ Landeskorrespondenz

Landtag aktuell

17. November 2011

Sitzung des NÖ Landtages

Zwei Aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema "**St. Pöltner Erklärung ist wichtige Initiative von LH Dr. Pröll zur Verlängerung der EU-Regionalförderung ab 2014**" abgehalten.

Zweiter Präsident Mag. Johann Heuras (VP) meinte, durch die Finanzkrise sei viel Angst und Verunsicherung in Europa entstanden, was ein schlechter Nährboden für die nötige Zuversicht für das Jahr 2012 sei. Im Zuge einer negativen Berichterstattung werde viel Positives überschattet, wie beispielsweise der Wohlstand und die lange Friedensperiode in Europa. Niederösterreich habe vom Beitritt zur Europäischen Union profitiert und mit dem Fall des Eisernen Vorhanges viele Chancen genutzt. Gerade im Bereich der Förderprogramme sei die EU unersetzbar, nannte er insbesondere die 5.600 umgesetzten Regionalförder-Projekte in Niederösterreich. Auf Initiative Niederösterreichs und unter Federführung von Landeshauptmann Pröll hätten sich am 7. Oktober 2010 über 100 Regionen dazu entschlossen, die Förderprogramme auf europäischer Ebene auch in den nächsten Jahren einzufordern, was heuer in der „St. Pöltner Erklärung“ nachdrücklich festgehalten wurde. Überdies sei die „St. Pöltner Erklärung“ auch ein Sieg des Subsidia-

ritätsprinzipes, da kleine Einheiten besser und effizienter für die Menschen handeln könnten.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, es sei positiv, wenn es gelingen würde, Projekte in Niederösterreich mit Mitteln der Europäischen Union zu unterstützen. Selbstverständlich sei es bedauerlich, dass schlechte Nachrichten medial eine große Wirkung erzielen. Trotzdem habe sich der EU-Beitritt Österreichs auf Niederösterreich positiv ausgewirkt. Bei Verhandlungen mit der EU sollten in Zukunft die Landtage und die Parlamente stärker einbezogen werden.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) betonte, in Niederösterreich sei die Bürgerbeteiligung sehr stark ausgeprägt. Am 21. Oktober habe man im NÖ Landtag mit der Unterzeichnung der „St. Pöltner Erklärung“ Geschichte geschrieben. Diese Erklärung sei für die zukünftige Entwicklung der Regionalpolitik entscheidend. Neben einer umweltorientierten Landwirtschaft gehe es auch darum, die Chancen zu nützen, die sich auf regionaler und internationaler Ebene ergeben würden. Das Abholen der Mittel aus der EU erfordere, dass Niederösterreich sehr innovativ sei. Die Auszeichnung als innovativste Region Europas komme nicht von ungefähr. Der niederösterreichische Weg wirke sich nachhaltig auf die Förderung der Regionen aus. Europa müsse sich dabei an den stärkeren, offensiven Regionen orientieren. Mit dem St. Pöltner Manifest sei Niederösterreich einmal mehr eine Vorbildregion in Europa.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) bekannte sich zur Regionalförderung. Das Positive in der EU verschwinde allerdings hinter den vielen negativen Schlagzeilen. Das Volk habe keine Möglichkeit zu entscheiden, ob z. B. Geld aus Österreich nach Griechenland gelange. Sollte Europa vernünftig überleben wollen, könnte die Regionalförderung als Beispiel dienen, wie sich die EU zu verändern habe.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, wer stets antieuropäische Gedanken in den Vordergrund stelle, dürfe sich über Skepsis der Bevölkerung nicht wun-

dern. Gerade Niederösterreich habe in vielen Bereichen von der EU profitiert, im europäischen Förderbericht sei das sehr gut nachzulesen. Jeder Euro nach Brüssel sei bis zu dreimal wieder zurückgekommen. Zudem regte er an, den Europa-Abgeordneten im NÖ Landtag ein Rederecht einzuräumen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) führte aus, die ersten Entwürfe für die nächste Förderperiode würden durchaus zuversichtlich stimmen. Allerdings sei die Ernte noch nicht eingefahren. Es sei wichtig, auch die Starken weiter zu stärken und die Kräfte zu bündeln. Ein gemeinsames Europa könne nur wachsen, wenn auch die Regionen wachsen und gedeihen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, es sei keineswegs so, dass man für einen Euro aus Brüssel drei wieder zurückbekomme.

Eine weitere **Aktuelle Stunde** befasste sich mit dem Thema "**Kein weiteres Verschern von Familiensilber – Niederösterreich darf nicht Griechenland werden**".

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) bezeichnete den Verkauf von Wohnbaudarlehen als „weiteres Mittel der wunderbaren Geldvernichtung“ und gab in der Folge einen Überblick über die Entwicklung des Landesbudgets während der vergangenen Jahre. Er gab unter anderem an, dass die Substanz von mehr als 7 Milliarden Euro auf rund die Hälfte geschrumpft sei und es lediglich kleinere Gewinne gegeben habe. Die Schulden hätten sich verdoppelt, man habe ständig auf die Substanz zurückgegriffen. Ein Wandel sei daher „unabdingbar“.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, das Land lebe auf Kosten der Zukunft. Das Geld der Häuslbauer aus Niederösterreich würde „versickern“ und bliebe nicht in Form einer nachhaltigen Finanzpolitik im Land. Weiters betonte sie, dass Veranlagungen und Spekulationen kein Sparsbuch seien und dass Häuslbauer ihre Häuser mit dem Land und österreichischen Banken bauen wollten. Man habe massiv vom Fall

des Eisernen Vorhangs profitiert, auf Grund solcher wirtschaftlicher Chancen könne das Landesbudget nicht so aussehen wie es aussieht.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) fand ebenso Worte zum Umgang mit dem Landesvermögen und meinte, dass das, was derzeit passiere und heute beschlossen werden solle, „finanzpolitischer Unfug“ sei. Am Ende werde man den Kindern mit dieser Budgetpolitik die Zukunft genommen haben. Die Familien würden unter Gebührenerhöhungen sowie unter Kürzungen leiden. Daher solle man ausgabenseitig und nicht bei den Familien sparen.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) meinte in Bezug auf die Spekulationen, dass vieles eingetreten sei, was man nicht erwartet habe. Man müsse versuchen, aus der Spekulationsschiene herauszukommen, um einen sicheren Polster zu haben. Sparpakete seien umzusetzen, wenn gespart werde, müsse auf allen Ebenen gespart werden. Im Hinblick auf die EU meinte er, dass für bestimmte Länder Hilfe zu leisten sei, man sich jedoch jedes Land genau anschauen müsse. In diesem Zusammenhang sei die Asylfrage ein wichtiges Thema, derzeit seien vermehrt Asylanträge vor allem aus dem griechischen Raum zu verzeichnen. Mitteleuropa werde in dieser Hinsicht künftig stark belastet sein, es gelte den Staaten am geografischen Rand der EU entsprechende Unterstützung zu geben.

Abgeordneter Mag. Lukas **M a n d l** (VP) hält zum Abgeordneten Hafenecker fest, dass dieser eingestanden habe, dass es kleinere Gewinne gegeben habe. Überdies kritisierte er Hafenecker dafür, dass dieser die Kulturpolitik und das Bürgerservice im Land schlecht geredet habe. Klubobmann Waldhäusl warf er vor, dass dieser immer auf Griechenland Bezug nehme, weil ihm zu Niederösterreich nichts ein falle. Er kritisierte auch die Aussage der Abgeordneten Krismer-Huber, dass Veranlagungen kein Sparbuch seien – tatsächlich würde hier Geld für die Kinder lukriert.

Er meinte, Niederösterreich könne man nicht mit Griechenland gleichsetzen. Einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.300 Euro stehe ein viel höheres Landesvermögen gegenüber. Mit der Veranlagung der Wohnbaugelder sei ein Gewinn von 600 Millionen Euro erzielt worden.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, mittlerweile seien in Niederösterreich viele Gemeinde- und Landesstraßen in einem schlechten Zustand. Durch den Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen werde aus einer Milliarde Euro Vermögen 500 Millionen Euro gemacht.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Razborcan und Mag. Heuras betreffend **Bekennnis des NÖ Landtages zur "St. Pöltner Erklärung" zur EU Kohäsionspolitik ab 2014.**

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Verlängerung der Regionalförderung und des EUROFIT-Aktionsprogramms.**

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) meinte, die Geburtsstunde der Regionalisierung sei der Aufbruch in eine neue Zeit gewesen, an deren Spitze seinerzeit Landeshauptmann Mag. Siegfried Ludwig und Landeshauptmann-Stellvertreter Ernst Höger gestanden seien. Besonders viele Projekte habe man durch die Regionalförderung in den strukturschwachen Regionen umgesetzt.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) betonte, im Jahr 1986 sei für Niederösterreich das Erfolgsprojekt „Landeshauptstadt St. Pölten“ gemeinsam mit der Regionalförderung für den ländlichen Raum gestartet worden. Ludwig und Höger hätten in optimaler Zusammenarbeit Maximales für das Land erreicht. Mit 2.125 Projekten sei eine Milliarde Euro an EU-Fördermitteln lukriert worden. Niederösterreich habe mittlerweile

590.000 unselbstständig Beschäftigte und der Tourismus befinde sich seit Jahren auf der Überholspur.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, mit dem Beschluss zur Errichtung der Landeshauptstadt sei auch der Start der Regionalförderung erfolgt. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsagentur ecoplus habe man viel für die Klein- und Mittelbetriebe geleistet. In diesem Zusammenhang sprach Waldhäusl dem kürzlich verstorbenen Adi Kastner Dank und Anerkennung aus.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (3. Tranche)** und einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Schuster und Mag. Leichtfried **betreffend 3. Tranche der Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen.**

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) betonte, in ganz Europa gebe es eine Schuldenproblematik, die auch Auswirkungen auf Österreich und Niederösterreich habe. Mit dem Erlös aus den Wohnbauförderungsdarlehen werde nun der Schuldenstand des Landes reduziert, was die Zustimmung der SP finde. Auch den Häuslbauern würde eine frühzeitige Rückzahlung der Wohnbaudarlehen eingeräumt.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, der Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen diene nur „dem Stopfen von Schuldenlöchern“.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, seit 2001 seien bereits mehr als 7 Milliarden Euro an Wohnbauförderungsdarlehen um 4,4 Milliarden Euro verkauft worden. Auch jetzt werde ein Landesvermögen von 928 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro reduziert. Der Verkauf der Darlehen zum jetzigen Zeitpunkt sei sinnlos, die Häuslbauer hätten nichts davon. Das sei eine Verscherbelung von Familiensilber.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) meinte, mit den von der SP eingearbeiteten Ideen sei man jetzt am richtigen Weg. Wichtig wäre es, dass auch der großvolumige Wohnbau Gelegenheit erhalte, früher zurückzuzahlen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) sagte, Niederösterreich habe zweifellos Schulden. Die Dynamik und die Werte, die diesen Schulden gegenüberstünden, müsste man aber erst zusammenbringen. Es gehe nicht um das Verschieben von Budgetposten, sondern um das tatsächliche Tilgen von Schulden. Der Verkauf der Wohnbaudarlehen sei die richtige Antwort. Ein **Resolutionsantrag** fordert ein rasches Umsetzen der Schuldenbremse unter Wahrung der Budgethoheit der Länder und Gemeinden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) betonte, er könne nur Anträgen zustimmen, in denen auch "die Wahrheit" stehe.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) hielt fest, Befürchtungen, dass der Wohnbau zurückgedreht werde, stimmten nicht. In einer schwierigen Situation sei es notwendig, bestehende Schulden zu reduzieren. Notwendig sei auch ein offensives Schuldentilgungs- und Investitionsprogramm für Gemeinden.

Bei der folgenden Abstimmung erhielten sowohl der Antrag als auch der Resolutionsantrag die Mehrheit von VP und SP.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **MedAustron Wiener Neustadt – Freigabe einer Haftungsübernahme** (Berichterstatter: Abgeordneter Karl M o s e r (VP)
- **Landeskrankenhaus Wiener Neustadt, Neubau Versorgungseinheit, Projekterweiterung** (Berichterstatter: Abgeordneter Hermann H a u e r , VP)

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) eröffnete die Debatte: Niederösterreich könne sich glücklich schätzen, dass dieses zukunftsweisende Projekt in Wiener Neustadt stattfinde.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) hielt fest, mit MedAustron, einem Leitprojekt der NÖ Forschungslandschaft, werde Geschichte geschrieben. Um im Kampf gegen die Geißel Krebs bestehen zu können, würde hier die modernste technische Infrastruktur zur Verfügung stehen. Es handle sich um ein Jahrhundertprojekt des Landes Niederösterreich im Dienst der Menschheit.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) hielt fest, sie habe nach wie vor ein schlechtes Bauchgefühl gegenüber MedAustron angesichts der Kosten für die öffentliche Hand und der Verhältnismäßigkeit der Ausgaben gegenüber anderen Krankheitsbildern. Ihre Fraktion sage aber dennoch Ja zur Freigabe der Haftungsübernahme.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sprach zum Landeskrankenhaus Wiener Neustadt: Die Gesamtkosten beliefen sich bereits auf 26,9 Millionen Euro. Über diese Kosten hätte man gerne nähere Auskünfte. Man werde aber zustimmen.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) beschäftigte sich ebenfalls mit der Projekterweiterung am Landeskrankenhaus Wiener Neustadt. Die Anstaltsapotheke solle im Oktober 2013 fertig gestellt sein. Die SP-Fraktion werde vollinhaltlich zustimmen.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) bedankte sich für die konstruktive Diskussion bei diesem Tagesordnungspunkt. Das ursprüngliche PPP-Modell bei MedAustron nicht zu realisieren, sei ein Risiko gewesen. Ab 2015 wolle man im MedAustron die ersten Patienten behandeln. Er hielt fest, dass der Frage nach der Energieeffizienz hier breiter Raum gegeben worden sei. Weiters informierte er, dass es für das Projekt seit einem Jahr einen technischen Geschäftsführer gebe, ein kaufmännischer Geschäftsführer sei in Ausschreibung. Die Haftung sei notwendig geworden, weil bei einem 200 Millionen-Projekt eine günstige Finanzierung gebraucht werde. In einem strengen Verfahren sei das Projekt positiv beurteilt worden und man habe ein Darlehen von der Europäischen Investitionsbank erhalten. Diese Haftung müsse von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter René L o b n e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **NÖ Energiebericht 2010 – Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich**
- **NÖ Energiefahrplan 2030**
- **NÖ Energieeffizienzgesetz 2012 (NÖ EEG 2012)**

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) meinte, dass der vorliegende Bericht die positiven Veränderungen in diesem Bereich aufzeige und dass Niederösterreich keinen Vergleich scheuen müsse – im gesamten Bereich der erneuerbaren Energie sei Niederösterreich Nummer eins. Der Energiefahrplan würde indes die Ziele im Energiebereich aufzeigen, das Energieeffizienzgesetz schließlich beinhalte die konkreten Maßnahmen auf dem Weg zum Ziel. Bei diesen Maßnahmen handle es sich um ein Energiezukunftspaket und um einen wichtigen Schritt zur Absicherung der Vorreiterrolle Niederösterreichs. Mit dem Energiefahrplan nehme man die Energieversorgung noch stärker in die eigene Hand, das Gesetz sei nötig, weil man die Ziele des Fahrplans sicher erreichen möchte.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, dass die Grünen dem Fahrplan zustimmen werden, obwohl der sprichwörtliche Glaube daran fehle. Dies unter anderem deshalb, weil man den Gesamtenergiebedarf in neun Jahren um 13 Prozent reduzieren müsse, man ein Stromdefizit im Inland habe, und eine Steigerung des Energieverbrauchs um rund zwei Prozent jährlich zu verzeichnen sei. Auch das Thema Verkehr sei hier von Bedeutung. Daher werde man den Fahrplan zwar mittragen, aber einen **Resolutionsantrag** betreffend Ökologisierung von Steuern, Abgaben und Gebühren und anderen strategischen Leitlinien gemäß NÖ Energiefahrplan 2030 einbringen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, dass man aufgrund der weltenergiepolitischen Situation eine Wende brauche. Der Energiebericht solle auch eine Hilfestellung für einen nachhaltigen Lebensstil und für die Schonung der Ressourcen sein. Unnötiger Verbrauch an Energie sei hintanzustellen. Zum Energiefahrplan hielt er fest, dieser sei eine sehr große Vorlage und eine gewaltige Aufgabe, die uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschäftigen werde.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, es gehe um die Energiezukunft und es seien dabei vielfältige Herausforderungen zu bewältigen. Man sollte alles versuchen, eine Energiewende herbeizuführen. Man brauche auch ein klares Bekenntnis zur den erneuerbaren Energien, und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Um diese hohen Ziele zu erreichen, müsse man einerseits auch die Bevölkerung mitnehmen, und andererseits müsse auch die öffentliche Hand als Vorbild agieren. Es werde auch notwendig sein, Investitionen in Forschung und neue Technologien zu tätigen. Gemeinsam mit den Abgeordneten Krismer-Huber und Sulzberger brachte Leichtfried einen **Resolutionsantrag** betreffend Vorrangzonen für Windkraftnutzung ein.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) sagte, das Thema Energie werde in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Der Energiebericht des Landes sei ein gutes Beispiel dafür, dass Niederösterreich bereits sehr früh Maßnahmen gesetzt habe. Das betreffe die Bewusstseinsbildung, aber auch gezielte Fördermaßnahmen, um den Energieverbrauch zu senken und die Effizienz zu steigern. Mit einer zielgerichteten Wohnbauförderung sei es auch gelungen, die Energiekennzahl drastisch zu senken. Dem öffentlichen Sektor komme eine besondere Vorbildfunktion zu.

Der Energiebericht 2010 wurde mit den Stimmen von VP und SP zur Kenntnis genommen, der Resolutionsantrag Leichtfried, Krismer-Huber und Sulzberger (Vorrangzonen für Windkraftnutzung) fand keine Mehrheit. Der Energiefahrplan 2030 wurde mit Mehrheit angenommen, der Resolutionsantrag der Grünen (Ökologisierung von Steuern, Abgaben

und Gebühren u. a.) wurde abgelehnt. Das NÖ Energieeffizienzgesetz 2012 wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Ing. Rennhofer und Hafenecker betreffend **keine weiteren Schritte zur Aushöhlung des österreichischen Bundesheeres** und einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Findeis u. a. betreffend **Bekanntnis zur Zukunft des österreichischen Bundesheeres in Niederösterreich**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, Katastrophenschutz und Sicherheit könnten in Österreich auch ohne Wehrpflicht gewährleistet werden. Auch ein funktionierender Zivildienst sei ohne Wehrpflicht zu organisieren. Eine umfassende Reform des österreichischen Bundesheeres sei unumgänglich, insbesondere auf Grund der weggefallenen Bedrohungsszenarien. Eine Bestandsgarantie für alle Kasernen in Niederösterreich sei unseriös, da diese Entscheidung erst nach einer Reform des Bundesheeres fallen könne. Aufgrund der nun eingeführten Schuldenbremse müsse auch beim Heer weiter eingespart werden. Einen Kasernenstandort wie Horn zu schließen, in dem vor kurzem noch investiert wurde, sei nicht sinnvoll. Der Ausbau des Katastrophenschutzentrums in Melk sei laut Ministerium bereits gesichert.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FPÖ) sagte, der Wehrdienst bilde die rechtliche Grundlage für Wehersatzdienst und Zivildienst. Niederösterreich habe als erstes Bundesland in Österreich ein Bekenntnis zur Wehrpflicht abgegeben. Die Schließung von Kasernen wäre ein Anschlag auf die Sicherheit der Bevölkerung, nannte er insbesondere Hochwasserkatastrophen und Terrorgefahr. Das Bundesheer habe aber auch einen sozialen Auftrag, in strukturschwachen Gebieten wie dem Waldviertel Arbeitsplätze zu sichern. Auch eine Ausgliederung der Heeresforste sei nicht zielführend.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) meinte, im Jahr 2005 hätten VP und FP die Heeresküche privatisieren wollen. Die österreichische Landesverteidigung sei ein wichti-

ges Thema und von großer Bedeutung für unser Land. Die Welt habe sich aber in den letzten Jahren stark gewandelt, der kalte Krieg gehöre der Vergangenheit an und die Europäische Union sei zu einer festen Größe auch im Bereich der Sicherheit geworden. Für die nächste Zukunft seien in Niederösterreich keine Kasernenschließungen geplant.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FPÖ) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung: Unter Scheibner habe es eine Reform beim Küchenwesen gegeben.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) sagte, Minister Darabos versuche, die Wehrpflicht ohne entsprechenden Beschluss abzuschaffen. Vor einem halben Jahr sei der Bestand der Radetzky-Kaserne in Horn versprochen worden, kürzlich habe man eine mögliche Schließung dieser Kaserne geprüft.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, die SP bekenne sich zum Bundesheer und zu den Aufgaben wie Katastrophenschutz, Landesverteidigung und internationale Verpflichtungen. Eine Modernisierung und Professionalisierung des Bundesheeres sei notwendig, wobei über Freiwilligenheer bzw. Wehrpflicht diskutiert werden müsse. Erst nach einer Reform könne die Standortfrage mit den Kasernen gelöst werden.

Nach der ersten Abstimmung (VP/FP-Mehrheit) wollte Präsident Rosenmaier die Abstimmung – getrennt – wiederholen lassen.

Daraufhin meldete sich Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) zur Geschäftsordnung: Man könne nicht so lange abstimmen, bis es passe.

Bei der folgenden Abstimmung fand der Antrag auf getrennte Abstimmung die Mehrheit von VP, SP und FP. Der Antrag der Abgeordneten Rennhofer und Hafenecker fand die Mehrheit von VP und FP, der Antrag Findeis u. a. jene von VP, SP und FP.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) referierte **zum NÖ Jahresumweltbericht 2010 und NÖ Klimaprogrammbericht 2010.**

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) eröffnete die Debatte: Die Zusammenschau des Jahres 2010 gebe die Fortschritte der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik des Landes Niederösterreich wider. Diese Bestandsaufnahme sei wichtig, um die Potenziale der Eigenständigkeit zu erkennen und umzusetzen. Die größten Emissionszuwächse gebe es beim Verkehr, ein großer Teil von 14 Prozent entfalle allerdings auf die Raffinerie Schwechat. Gemäß dem Motto „Taten statt Worte“ habe die NÖ Klimapolitik bereits sehr viele Maßnahmen umgesetzt. Ein **Resolutionsantrag** fordert eine Lösung der Probleme bei der Entsorgung von haushaltsähnlichem Müll.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, die Luft sei heuer rekordverdächtig schlecht gewesen. In Niederösterreich leide bereits jedes zehnte Kind an Asthma oder einem bronchialen Infekt. Es gebe nur einige halbherzige Maßnahmen zur Reduktion der Luftschadstoffe. Ein **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion fordert eine Reihe von Verbesserungen auf der Strecke Wien – St. Pölten. Ein weiterer **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion fordert Busverbindungen auch an Wochenenden, eine Harmonisierung der Tarife, die Wiederherstellung des alten Zugfahrplans etc.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) replizierte, den öffentlichen Verkehr zu forcieren, mache nur dort Sinn, wo es auch entsprechende Frequenz gebe. Wichtiger als den Individualverkehr zurückzudrängen, sei es, auf E-Mobilität umzurüsten. Seine Fraktion werde beiden Berichten zustimmen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, Niederösterreich sei zwar kein Umweltmusterland, verfüge aber im Vergleich mit anderen Ländern über eine langjährige positive Bilanz. Er brachte gemeinsam mit der Abgeordneten Krismer-Huber einen **Resolutionsantrag** betreffend Änderung des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes ein. Zum Klimabericht meinte er, dass Niederösterreich sehr ambitionierte Ziele verfolge, im Hinblick auf das Ziel einer Erwärmung um maximal zwei Grad werde es nötig sein, an vielen Rädchen zu drehen. Es sei zudem an der Zeit, so genannte green jobs zu schaffen.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) bezeichnete Niederösterreich als ein Musterland im Hinblick auf den Klimaschutz, wobei Klimaschutz nur im Miteinander von Ländern, Gemeinden und Bürgern erfolgen könne. Der Klimabericht zeige, dass sehr ambitionierte Ziele verfolgt würden. Er merkte an, dass die Wohnbauförderung ökologisch, umweltbewusst und sozial und ein wesentliches Steuerelement sei, mit dem auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Der Wohnbau in Niederösterreich sei auf Kyoto-Ziel-Kurs. Ein Erfolg sei auch die Erweiterung der thermischen Sanierung, es werde auf die Energieeffizienz von Landesgebäuden geachtet. Zum Umweltbericht 2010 meinte er, dass dieser einen Überblick über die wichtigsten Aktivitäten gebe. Man sei auch hier auf einem sehr guten Weg.

Der Bericht wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen, ebenso der Resolutionsantrag des Abgeordneten Pum (haushaltsähnlicher Müll). Die übrigen drei Resolutionsanträge wurden abgelehnt.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Anton K a s s e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht der Landesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2010**
- **Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2010**
- **Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 2010**
- Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Kasser, Mag. Leichtfried und Waldhäusl betreffend **Änderung des Flurverfassungs-Landesgesetzes 1975 (FLG)**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) ging auf das Thema Gentechnik ein und sagte, dass 6 Prozent der Futtermittel den Grenzwert überschreiten würden. Sie

wünsche sich, dass Europa in der Land- und Forstwirtschaft gentechnikfrei werde bzw. bleibe. Ebenso sprach sie das Thema soziale Fairness für Bäuerinnen und Bauern, das Kinderbetreuungsgeld, Erntehelfer und Saisonarbeiter an. Die Grünen würden dem Grünen Bericht keine Zustimmung erteilen.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) bezeichnete den Grünen Bericht als detailliert und informativ. Aus inhaltlichen Gründen könnte seine Fraktion ihm jedoch nicht zustimmen. Insbesondere ging er auf den Rückgang der Betriebe sowie auf die Einkommensentwicklung ein und forderte eine radikale Änderung der Landwirtschaftspolitik. Dazu brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend „Keine Kürzungen der Ausgleichszahlungen – Stopp dem Bauernsterben!“ ein. Zum Thema Wein sagte er, dass ein erfreulicher Anstieg bei den Exporten zu verzeichnen sei, die DAC-Weine würden sich sehr gut entwickeln. Auch im Land- und Forstwirtschafts-Inspektionsbericht würde es einige interessante Entwicklungen geben.

Abgeordnete Marianne **L e m b a c h e r** (VP) meinte, der Grüne Bericht sei umfangreich und umfasse alle Sparten der Landwirtschaft. Sie attestierte den niederösterreichischen Winzerinnen und Winzern eine hervorragende Arbeit. Der Jahrgang 2011 gebe Anlass zur Freude über die Menge und die sehr guten Qualitäten. In der Landwirtschaft müsse man jedoch immer mit extremen Schwankungen rechnen und daher seien die Ausgleichszahlungen und Förderungen von EU, Bund und Land besonders wichtig. Es brauche Perspektiven für die Zukunft. Zum Thema Bildung und Ausbildung hielt sie fest, dass Niederösterreich ausgezeichnete landwirtschaftliche Fachschulen habe. Gut ausgebildete Bäuerinnen und Bauern seien das Rückgrat des ländlichen Raumes. Gemeinsam mit dem Abgeordneten Waldhäusl brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend Mitführen des Führerscheines ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) nahm Stellung zum Antrag mit Gesetzentwurf betreffend Änderung des Flurverfassungs-Landesgesetzes. Die Initiative habe sich gelohnt und der Landtag werde nun die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, die niederösterreichischen Landwirte erzeugten qualitativ hochwertige Produkte. Es brauche aber auch Mut zu einer konstruktiven Auseinandersetzung über den Weg, den die Landwirtschaft gehen soll.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) informierte darüber, dass in der Rinderproduktion 2010 die Wertschöpfung um 6 Prozent gesteigert werden konnte. Weiters habe es im Jahr 2010 in Niederösterreich rund 105.000 Milchkühe gegeben. Als Sorgenkind bezeichnete er die Schweineproduktion. Außerdem betonte er, dass die Bauern einen sorgsameren Umgang mit den Tieren garantierten. Er meinte, bei Projekten für die Land- und Forstwirtschaft seien Kofinanzierungen auf nationaler und europäischer Ebene notwendig. Niederösterreich habe das strengste Tierschutzgesetz in ganz Österreich.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) betonte, die Volksanwaltschaft habe ein Gesetzesprüfungsverfahren betreffend der Schweinehaltung in Niederösterreich veranlasst. Dabei gehe es um eine sinnvolle bäuerliche Landwirtschaft im Bereich der Tierhaltung und um gewisse Mindeststandards. Der Weinskandal habe seinerzeit zu einem höheren Qualitätsstandard und besseren Preisen für die Winzer geführt.

Der Bericht über die soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich wurde mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Sulzberger (Keine Kürzungen der Ausgleichszahlungen) wurde abgelehnt, der Resolutionsantrag des Abgeordneten Lembacher und Waldhäusl (Mitführen des Führerscheines) wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Bericht der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Bericht über den NÖ Landwirtschaftlichen Förderungsfonds wurde mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Die Änderung des Flurverfassungslandesgesetzes wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Franz **G r a n d l** (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft**.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) dankte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für die Weisung an die Straßenmeistereien, das Pflanzenschutzmittel Glyphosat nicht mehr zu verwenden. In diesem Zusammenhang brachte sie gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Änderung des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft ein. Überdies brachte sie gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Eindämmung der Verwendung des Pestizids Glyphosat ein.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) sagte, die FP werde die Änderung des Pflanzenschutzmittelgesetzes sowie den Antrag und den Resolutionsantrag unterstützen.

Abgeordneter Josef **E d l i n g e r** (VP) meinte, die vorliegende Gesetzesänderung erfolge in Umsetzung von zwei EU-Rechtsakten. Das NÖ Pflanzenschutzmittelgesetz erlaube auch den Einsatz dieser Mittel auf nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Maßnahmen zur Eindämmung der Verwendung des Pestizids Glyphosat ein.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) meinte, die Grünen würden dem Antrag von Abgeordnetem Edlinger beitreten.

Der Abänderungsantrag betreffend Änderung des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft wurde nicht zur Abstimmung zugelassen.

Der Antrag betreffend Änderung des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft wurde mehrheitlich angenommen.

Der Resolutionsantrag betreffend Eindämmung der Verwendung des Pestizids Glyphosat wurde abgelehnt.

Der Resolutionsantrag betreffend Maßnahmen zur Eindämmung der Verwendung des Pestizids Glyphosat wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz **G r a t z e r** (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Lembacher betreffend **Stärkung des AMA Gütesiegels sowie des AMA Biozeichens bei Lebensmitteln und daraus resultierende Transparenz für die Konsumentinnen und Konsumenten.**

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) meinte, die Grünen würden dem Antrag zustimmen. Das AMA-Gütesiegel sei eine wichtige Auszeichnung für herausragende Qualität im Lebensmittelbereich.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) meinte, wo Österreich draufstehe, müsse auch Österreich drinnen sein. Daher werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Abgeordneter Otto **K e r n s t o c k** (SP) betonte, der verwirrende Wildwuchs an privaten Kennzeichen müsse gestoppt werden, derzeit seien über 100 Gütezeichen im Einsatz. Der Konsument habe ein Recht auf ehrliche Information. Ein Abänderungsantrag seiner Fraktion fordert ein neues, objektives Gütezeichengesetz.

Abgeordneter Franz **M o l d** (VP) sagte, das AMA-Gütesiegel genieße höchste Anerkennung und höchstes Vertrauen. In Niederösterreich produzierten mittlerweile über 5.000 Betriebe im Zeichen des AMA-Gütesiegels, das ein Bollwerk gegen Schummelprodukte bilde.

Bei der folgenden Abstimmung blieb der Abänderungsantrag in der Minderheit. Der Antrag der Abgeordneten Lembacher wurde mit Mehrheit von VP, FP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Ing. Huber u. a. betreffend **Vorlage der Protokolle der Landeshauptleutekonferenz**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) eröffnete die Debatte: Die Landeshauptleutekonferenz existiere in der Verfassung gar nicht. Es sei daher seltsam, deren Protokolle zu verlangen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) bekräftigte, es handle sich zwar nur um ein informelles Treffen, dabei werde aber sehr wohl eine Linie vorgegeben. Transparenz sei die Grundlage der Politik.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) führte aus, das Gremium der Landeshauptleute habe sich etabliert. Auch die Sozialpartnerschaft stehe schließlich nicht in der Verfassung. In der Demokratie sei es immer ein Fortschritt, mehr zu wissen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) meinte, der Landtag müsse sich auf Basis der Verfassung und der Gesetze bewegen.

Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen von VP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) berichtete zu Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Gesetz über den Einheitlichen Ansprechpartner im Land Niederösterreich (NÖ EAP-G)**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung mit Mehrheit von VP und SP angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zum Antrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried u. a. betreffend **Transparenzregelungen für Informationsmaßnahmen und Medienkooperation des Landes Niederösterreich und dessen Mitglieder der Landesregierung**. Der Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) eröffnete die Debatte: Seine Fraktion werden gegen den Ausschussantrag stimmen. Die SP solle die Anträge aber in der Regierung stellen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, natürlich wolle man wissen, welche Mittel eingesetzt werden. Das sei eine alte FP-Forderung, ebenso wie jene nach einer Senkung der Repräsentationskosten.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sagte, das Image der Politik sei derzeit sehr beschädigt. Es liege an den Politikern, mit transparentem Handeln das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) betonte, sämtliche Inserate der VP NÖ seien gekennzeichnet. Die SP NÖ habe bei diesem Antrag jedoch „ihr schlechtes Gewissen getrieben“.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) meldete sich nochmals zu Wort: In Niederösterreich wisse man nicht, wer welche Schaltung bezahlt haben könnte.

Der Antrag wurde mit VP-Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Hauer u. a. betreffend **Änderung des Gesetzes über die Einhebung einer Mautabgabe für die Benützung der Bergstraße auf die Hohe Wand.**

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) eröffnete die Debatte: Ihre Fraktion werde zustimmen. Grundsätzlich sei es aber schade, dass viele NÖ Ausflugsziele nicht mehr per Bahn erreicht werden könnten.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, wenn der Naturpark Hohe Wand der NÖ Card beitrete, solle den Inhabern der NÖ Card eine einmalige Gratisbenützung der Straße ermöglicht werden.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) sprach von einer enormen Aufwertung der NÖ Card durch den Naturpark Hohe Wand.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) dankte den diversen für diesen Tagesordnungspunkt zuständigen Fachabteilungen des Landes Niederösterreich sowie den Naturparken und allen anderen Beteiligten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung!